

16.5.98

# Der Rächer der Sparer und Rentner

Der Düsseldorfer Börsianer Bolko Hoffmann will mit einer neuen Partei in den Bundestag einziehen – und dann den Euro kippen

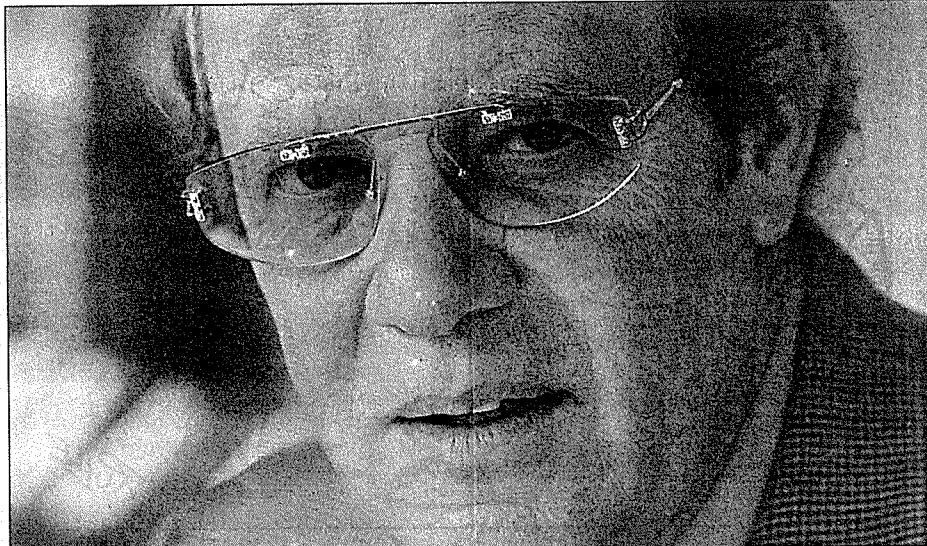
Von Markus Neumann

DÜSSELDORF. Seit mehr als einem Jahr malt er in ganzseitigen Zeitungsanzeigen den Teufel an die Wand. „Kohls Euro-Wahn macht uns alle zum Sozialfall – Europa ja, aber Euro nein“, hieß es da. Und nun, nachdem alle Versuche, die neue Währung zu kippen, gescheitert sind, will der Düsseldorfer Börsianer Bolko Hoffmann mit einer Hau-Ruck-Aktion in den nächsten Bundestag einziehen und dort das Ruder in letzter Sekunde herumreißen – um die Deutschen und sich selbst davor zu bewahren, daß sie „um ihre Ersparnisse und Renten betrogen“ werden, weil „gutes Geld durch schlechtes ersetzt“ wird.

Ende April gründete der 60jährige die „Initiative Pro D-Mark – neue liberale Partei“ und ließ sich zum Vorsitzenden wählen. Am ersten Mai-Wochenende, als in Brüssel die Staats- und Regierungschefs von elf EU-Ländern die Währungsunion besiegelten, erschien in allen deutschen Regionalzeitungen seine erste Wahlkampf-Anzeige mit der Schlagzeile: „Der Euro kommt nicht!“ „Don-Quichoterie“ sei das, die der neuen Partei keinen nennenswerten Erfolg bringen werde, meint Michael Donnermeyer, Sprecher der Bonner SPD. Die Euro-Frage sei schließlich entschieden.

Aber nicht für Hoffmann. Er glaubt, die Fünf-Prozent-Hürde überspringen zu können. Dann will er im Bundestag nur mit demjenigen koalieren, der die Währungsunion stoppt. Mit einem Euro-Skeptiker wie Gerhard Schröder (SPD) oder Kurt Biedenkopf, den er sich an die Spitze der CDU wünscht. Auf keinen Fall aber mit den „Amateuren“, die jetzt in Bonn am Drücker sind.

Laut einer Emnid-Umfrage würden 5,7 Prozent im Westen und 6,7 Prozent im Osten, in Sachsen und Thüringen sogar 7,3 Prozent, die Anti-Euro-Partei wählen, sagt der Börsianer. Die Fragestellung: „Wenn die ‚Initiative Pro D-Mark‘ bei den nächsten Bundestagswahlen antreten würde, wie würden Sie dann wählen?“ beleuchtete aber nicht die Stimmten, sondern nur das mögliche Wählerpotential, so SPD-



Will die D-Mark retten: Der Düsseldorfer Millionär Bolko Hoffmann, Herausgeber des Börsenjournal „Effecten-Spiegel“. Er meint: „Kohls Euro-Wahn macht uns alle zum Sozialfall.“ Foto: Darchinger

Mann Donnermeyer. Umfragen sind ohnehin mit Vorsicht zu genießen – erst bei der Bundestagswahl wird sich wirklich zeigen, ob sich aus der Angst vor der Währungsunion politisches Kapital schlagen läßt. Die Euro-Contras, die eine rasende Inflation und höhere Arbeitslosigkeit prognostizieren, werden die Furcht jedenfalls weiter schützen. 20 Millionen Mark will die Initiative in die Wahlwerbung stecken – Bolko Hoffmann macht es möglich. Er streckte bereits vier Millionen Mark für die ersten Partei-Anzeigen vor. Der Unternehmer hat ein Millionenvermögen im Hintergrund, das es ihm erlaubt, nicht kleinlich zu sein.

1967 machte sich der Diplom-Kaufmann „mit nur 200 Mark“ selbstständig. Er gründete die Werbeagentur Thersal. Nur fünf Jahre später hob er die Effecten-Spiegel AG aus der Taufe, die an der Börse „mit 400 bis 500 Millionen Mark bewertet“ werde, so Hoffmann. Als Vorstand bezog er dem jüngsten Geschäftsbericht zufolge 740.000

Mark. Zudem hält seine Werbeagentur 25 Prozent der Aktien.

Die AG gibt unter anderem das gleichnamige Börsenjournal „Effecten-Spiegel“ heraus. Das Blatt (Auflage: 100.000) mit Anlagetips für Kleinaktionäre, bei dem Hoffmann als Herausgeber fungiert, finanzierte seine erste Kampagne gegen den Euro. Die „Imagewerbung“ kostete den „Effecten-Spiegel“ zwei Millionen Mark.

Das große Geld macht die Aktiengesellschaft aber nicht mit dem Journal, sondern an der Börse. Er habe die beste Bilanz seit Kriegsende in ganz Deutschland vorzuweisen, prahlt Hoffmann. Die jüngsten Zahlen dürften den 8000 Aktionären tatsächlich Freudenstränen in die Augen getrieben haben. In den vergangenen zwei Jahren katapultierte Hoffmann das Wertpapiergeschäft von knapp 13 Millionen auf 211 Millionen Mark, die Bankguthaben stiegen von 16 Millionen auf 115 Millionen Mark. Die Aktionäre kassierten 1997 eine Dividende von 80 Prozent.

Die Effecten-Spiegel AG mit ihren 12 Mitarbeitern residiert in einer Villa in einem gediegenen Düsseldorfer Wohnviertel. Im hinteren Teil des Hauses lebt Hoffmann mit seiner Frau, vorne liegen die Geschäftsräume. Der Unternehmer schätzt Exklusivität. Die schweren Eingangstüren mit Metallornamenten sind von einem Künstler gestaltet, die Einrichtung ist maßgefertigt, sein elfenbeinfarbenes Büro mit der aufwendigen Deckenverkleidung, die die gebogene Form des Schreibtisches aufgreift, wirkt wie ein Cockpit. In der Schrankwand glänzen silberne Trophäen, die er beim Golf errang.

Zwei Straßen von Hoffmanns Domizil entfernt lebt Hans-Olaf Henkel, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, der einen Teil des „Großkapitals“ vertritt, gegen das der Börsianer schon seit Jahren wettet. In der Präambel des Programms der „Initiative pro D-Mark – neue liberale Partei“ heißt es denn auch: Ihr Ziel sei, den Bürger „vor bürokratischen

Übergriffen des Staates und der Übermacht der Großkonzerne, speziell der Großbanken und Versicherungskonzerne, zu schützen.“ Hoffmann meint, wenn die Konzerne, die zahllose Steuerschlupflöcher nutzten, die anderen verschlossen bleiben, richtig besteuert würden, ließe sich mit dem Geld spielend die Wirtschaft ankurbeln.

Erster und wichtigster Programmpunkt ist natürlich der Euro. Der dürfe erst eingeführt werden, nachdem das Wirtschaftsgefälle zwischen den einzelnen Ländern beseitigt sei. Wenn die starke D-Mark mit der schwachen italienischen Währung vermischt werde, könne das nur zu einer Geldentwertung führen, so der Börsianer. Nur eine kleine Minderheit, allen voran die Konzerne, würden vom Euro profitieren.

Die anderen 25 Programmpunkte der D-Mark-Retter greifen die wichtigsten politischen Probleme auf, die in den vergangenen Jahren diskutiert wurden. Sie machen sich dabei Positionen zu eigen, die von der CSU über Verbände und Gewerkschaften bis ins grüne Spektrum reichen. Beispielsweise treten sie für die Reduzierung der Kernenergie, den Ausbau von Bundeswehr und Polizei und für die strafrechtliche Verfolgung von Beamten ein, die Steuergelder verschwenden. Einen Teil seiner Forderungen hat sich Hoffmann schon einmal auf die Fahne geschrieben. Er war in der „Bürgerpartei“ aktiv, die 1979 in Westdeutschland gegründet worden war und gegen ausufernde Steuerbelastungen und Bürokratie zu Felde zog. Die Bewegung ging sang und klanglos unter und zerfiel.

Eigentlich, sagt der Börsianer, habe er sich nicht wieder politisch engagieren wollen. Aber es hätten ihm 10.000 Menschen wegen der Anti-Euro-Kampagne des „Effecten-Spiegels“ geschrieben und Zustimmung geäußert. Als dann die Klage von vier Professoren gegen die Einführung der neuen Währung vom Bundesverfassungsgericht abgewiesen wurde, blieb nur noch die Politik, um den Euro zu stürzen. Und da habe er sich entschlossen, mit einer Partei anzutreten.